



Beschluss

Az. BK6-18-064

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung von Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung resultierend aus dem Vorschlag der regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber aus Deutschland und Österreich für die Erstellung gemeinsamer harmonisierter Bestimmungen und Verfahren für den Austausch und die Beschaffung von Regelleistung aus Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung gemäß Art. 33 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

der Amprion GmbH, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 3 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz- Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 4 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Andreas Faxel
und ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt

am 18.12.2018 beschlossen:

1. Die von den Antragstellerinnen beantragten, in dem als Anlage A beigefügten Antragsdokument vom 19.06.2018, S. 5 bis 8, nicht durch grau hinterlegten Text gekennzeichneten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung, konkretisiert durch die als Anlage B beigefügte Präzisierung des Antrags vom 23.10.2018, werden genehmigt.
2. Die Durchführung der nach Ziffer 1 erteilten Genehmigung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Bundesnetzagentur von den Antragstellerinnen zuvor folgende Unterlagen vorgelegt werden:
 - a. eine zwischen den regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern aus Deutschland und Österreich abgestimmte Abschätzung über die jährlich anfallenden Kosten für die Gewährleistung der für den Austausch von Regelleistung vorgesehenen Übertragungskapazität,
 - b. eine verbindliche Vereinbarung über die Kostenteilung zwischen den regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern aus Deutschland und Österreich, aus der die von den Antragstellerinnen jährlich maximal zu tragenden Kosten ersichtlich sind.
3. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
4. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

1. Verfahrensgegenstand und Verfahrensablauf

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung der von den regelzonenverantwortlichen deutschen Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) beantragten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung (aFRR¹), die sich ableiten aus dem Vorschlag der regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich für die Erstellung gemeinsamer harmonisierter Bestimmungen und Verfahren für den Austausch und die Beschaffung von aFRR gemäß Art. 33 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (EB-VO).

Die regelzonenverantwortlichen deutschen ÜNB unterhalten bereits seit Juli 2016 eine Kooperation mit dem österreichischen ÜNB Austrian Power Grid AG, bei der ein Abruf von aFRR-Arbeit nach einer gemeinsamen Merit-Order-Liste erfolgt, die aus deutschen und österreichischen aFRR-Angeboten besteht.

Die vorrangigen Ziele der am 18.12.2017 in Kraft getretenen EB-VO bestehen in der Förderung eines wirksamen Wettbewerbs in den Regelreservemärkten, der Verbesserung der Effizienz des Systemausgleichs sowie der Unterstützung einer Integration der Regelreservemärkte einschließlich des Austauschs von Regelreserve.² Um diese Ziele zu erreichen, sieht die EB-VO in Art. 33 Abs. 1 vor, dass zwei oder mehr ÜNB, die Regelleistung austauschen oder dazu bereit sind, einen Vorschlag für die Erstellung gemeinsamer harmonisierter Bestimmungen und Verfahren für den Austausch und die Beschaffung von Regelleistung zu entwickeln haben. Dieser Vorschlag ist gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. b EB-VO den Regulierungsbehörden der betreffenden Region zur Genehmigung vorzulegen.

Mit E-Mail vom 21.06.2018 haben die Antragstellerinnen der Bundesnetzagentur, als der letzten zuständigen Regulierungsbehörde, einen gemeinsam mit dem österreichischen ÜNB ausgearbeiteten Vorschlag für gemeinsame harmonisierte Bestimmungen und Verfahren für die Beschaffung und den Austausch von aFRR gemäß Art. 33 Abs. 1 EB-VO (im Weiteren „Vorschlag zur aFRR-Kooperation“) in der Fassung vom 19.06.2018 vorgelegt. Darüber hinaus

¹ aFRR: frequency restoration reserves with automatic activation, Synonym zu „Sekundärregelleistung“.

² Unter „Austausch von Regelreserve“ ist der Austausch von Regelarbeit und/oder Regelleistung zu verstehen (vgl. Art. 2 Nr. 23 EB-VO).

haben die Antragstellerinnen ein Antragsdokument in der Fassung vom 19.06.2018 vorgelegt.³ Da einige der im Vorschlag zur aFRR-Kooperation enthaltenen Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR bereits der deutschen Rechtslage entsprechen bzw. Inhalt von Festlegungen der Bundesnetzagentur sind – und somit keiner Genehmigung mehr bedürfen, haben die Antragstellerinnen in dem genannten Antragsdokument auf den Seiten 5 bis 8 die nicht genehmigungsrelevanten Inhalte des Vorschlags durch grau hinterlegten Text markiert.

Der Vorschlag zur aFRR-Kooperation wurde am 25.07.2018 im Amtsblatt Nr. 14 (Vfg-Nr. 100/2018) der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und zusammen mit dem Antragsdokument auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Frist zur Stellungnahme bis zum 08.08.2018 eingeräumt. Der Bundesnetzagentur sind Stellungnahmen folgender Verbände, Interessengruppen und Unternehmen zugegangen:

- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW),
- EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler e.V.,
- EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
- RWE Supply & Trading GmbH,
- TIWAG - Tiroler Wasserkraft AG,
- Uniper Global Commodities SE.

Vor der Antragstellung war der Vorschlag zur aFRR-Kooperation Gegenstand einer von den regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich durchgeführten öffentlichen Konsultation im Zeitraum vom 12.03.2018 bis zum 15.04.2018. Die im Rahmen dieser Konsultation eingegangenen Stellungnahmen der Interessenträger einschließlich einer Begründung zur Berücksichtigung bzw. Nicht-Berücksichtigung wurden der Bundesnetzagentur gemeinsam mit der Vorlage des Vorschlags und des Antragsdokuments zur aFRR-Kooperation vorgelegt.

Die betroffenen Regulierungsbehörden haben gemäß Art. 5 Abs. 6 EB-VO einander konsultiert, eng zusammengearbeitet und sich miteinander abgestimmt, um zu einer Einigung hinsichtlich der Genehmigung des Vorschlags zur aFRR-Kooperation zu gelangen. Die Vertreter der betroffenen Regulierungsbehörden haben bis zum 17.12.2018 bekundet, den eingereichten Vorschlag zur aFRR-Kooperation genehmigen zu wollen.

³ Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von sechs Monaten ist der Zeitpunkt des Eingangs bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat (vgl. Art. 5 Abs. 6 S. 3 EB-VO). Die für den Vorschlag zur aFRR-Kooperation zuständigen Regulierungsbehörden sind die Bundesnetzagentur in Deutschland und die E-Control in Österreich.

2. Inhalte des Antrags zur aFRR-Kooperation

Das von den Antragstellerinnen in der Fassung vom 19.06.2018 eingereichte Antragsdokument umfasst auf den Seiten 5 bis 8 Regelungen zu:

- dem Beschaffungsmodell für die Regelleistung (Art. 1 Abs. 2),
- der Ausschreibung (Art. 2 Abs. 1, 2 und 4),
- dem Algorithmus für die optimierte Regelleistungsbeschaffung (Art. 1 Abs. 3, Art. 2 Abs. 5 und 7),
- der Produktgestaltung (Art. 2 Abs. 6),
- der Zuweisung von Übertragungskapazität für den grenzüberschreitenden Austausch (Art. 2 Abs. 9),
- dem Umsetzungszeitplan (Art. 3).

Die gemeinsame Beschaffung von Regelleistung aus aFRR erfolgt gemäß Art. 1 Abs. 2 des Antragsdokuments auf Basis des ÜNB/ÜNB-Modells, wonach der Regelreserveanbieter Regelreserve für den Anschluss-ÜNB erbringt, der diese Regelreserve dann wiederum für den anfordernden ÜNB bereitstellt.

Gemäß Art. 2 Abs. 1, 2 und 4 wird der gesamte Bedarf an Regelleistung aus aFRR der Regelblöcke Deutschland und Österreich kalendertäglich und grenzüberschreitend in Deutschland und Österreich ausgeschrieben.

Die Bezuschlagung der aFRR-Gebote erfolgt durch den von den regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich gemäß Art. 1 Abs. 3 entwickelten Algorithmus zur optimierten Regelleistungsbeschaffung. Gemäß Art. 2 Abs. 5 und 7 werden die Regelleistungsgebote auf Basis des Zuschlagswertes in aufsteigender Reihenfolge bis zur Deckung des aFRR-Bedarfs von Deutschland und Österreich sowie unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Übertragungskapazitäten und der durch die Verordnung (EU) 2017/1485 (SO-VO)⁴ festgelegten Anforderungen und Grenzwerte bezuschlagt. Der der Zuschlagserteilung zu Grunde liegende Gewichtungsfaktor wird quartalsweise anhand des Verhältnisses der abgerufenen zur höchstens abrufbaren aFRR-Arbeit auf Basis der gemeinsamen Abruf-Merit-Order-Liste für Deutschland und Österreich der jeweils zurückliegenden zwölf Kalendermonate bestimmt. Der Gewichtungsfaktor wird jeweils für positive und negative aFRR bestimmt und gilt für die regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich gleichermaßen. Die Zuschlagserteilung auf Basis des Zuschlagswertes stellt eine Übergangslösung bis zur Einführung eines Regelarbeitsmarktes dar.

⁴ Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb.

In Bezug auf die Produktgestaltung regelt Art. 2 Abs. 6, klargestellt durch die Präzisierung des Antrags vom 23.10.2018, dass die Mindestangebotsgröße für die Teilnahme an der Ausschreibung von Regelleistung aus aFRR in Deutschland und Österreich bis auf Weiteres nicht harmonisiert wird und sich nach den nationalen Regelungen richtet.

Art. 2 Abs. 9 regelt die Zuweisung von Übertragungskapazität zur Durchführung des grenzüberschreitenden Austauschs von aFRR zwischen Deutschland und Österreich. Basierend auf einem zwischen den regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich geschlossenen Vertrag kann Übertragungskapazität in Höhe von bis zu 280 Megawatt (MW) für den grenzüberschreitenden Austausch zugewiesen werden.

Der Umsetzungszeitplan in Art. 3 sieht eine Umsetzung der beantragten Regelungen spätestens zwei Monate nach der Genehmigung des Vorschlags vor.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere das diesem Beschluss als Anlage A beigefügte Antragsdokument zur aFRR-Kooperation sowie der als Anlage B beigefügten Präzisierung des Antragsdokuments Bezug genommen.

II.

Der Antrag der Antragstellerinnen, abgeleitet aus dem gemeinsamen Vorschlag zur aFRR-Kooperation gemäß Art. 33 Abs. 1 EB-VO, wird genehmigt. Der Antrag ist zulässig und begründet. Die Anforderungen an den Antrag sowie an die Ausgestaltung des dem Antrag zugrundeliegenden Vorschlags zur aFRR-Kooperation sind nach Art. 33 i. V. m. Art. 32 und 58 sowie den Artikeln 1-5 und 10 EB-VO unter Wahrung der allgemeinen Ziele und Prinzipien der EB-VO erfüllt.

1. Zulässigkeit des Antrags

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der EB-VO, sind gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. b EB-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG i. V. m. Art. 18 Abs. 3 lit. d und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009 vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (Stromhandels-VO), die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG i. V. m. § 56 Abs. 1 S. 2, 3 EnWG.

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten Antrag zur aFRR-Kooperation, der sich aus dem Vorschlag gemäß Art. 33 Abs. 1 EB-VO zur aFRR-Kooperation ableitet, auf eigene Initiative am 21.06.2018 bei der Beschlusskammer eingereicht. Eine Frist zur Einreichung des Vorschlags und Antrags bestand nicht. Der dem Antrag zugrunde liegende Vorschlag zur aFRR-Kooperation ist durch die regelzonenverantwortlichen ÜNB ausreichend mit den Interessenträgern konsultiert worden. Die Anforderungen des Art. 10 Abs. 4 EB-VO an die öffentliche Konsultation mit den betroffenen Interessenträgern sind damit erfüllt. Die Antragstellerinnen haben den Ablauf ausreichend dokumentiert. Dem Antrag ist ein separates Dokument beigelegt, in dem die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der im Rahmen der ÜNB-Konsultation eingegangenen Stellungnahmen klar und fundiert begründet wurde.

2. Begründetheit des Antrags

Der Antrag ist auch begründet. Der Vorschlag der Antragstellerinnen zur aFRR-Kooperation erfüllt die Vorgaben der Regelungen des Art. 33 i. V. m. Art. 32 und 58 EB-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der EB-VO. Dazu im Einzelnen:

2.1 Beschaffungsmodell für die Regelleistung (Art. 1 Abs. 2)

Art. 1 Abs. 2 regelt die gemeinsame Beschaffung der Regelleistung aus aFRR auf Basis des ÜNB/ÜNB-Modells.

Gemäß Art. 33 Abs. 2 EB-VO hat der Austausch von Regelleistung grundsätzlich nach dem ÜNB/ÜNB-Modell zu erfolgen, sodass das beantragte Beschaffungsmodell für die Regelreserve nicht zu beanstanden ist.

2.2 Ausschreibung (Art. 2 Abs. 1, 2 und 4)

Art. 2 Abs. 1, 2 und 4 sehen vor, dass der gesamte Bedarf an Regelleistung aus aFRR der Regelblöcke Deutschland und Österreich kalendertäglich und grenzüberschreitend in Deutschland und Österreich ausgeschrieben wird.

Nach den Vorgaben des Art. 33 Abs. 1 EB-VO sind bei der Erstellung harmonisierter Bestimmungen und Verfahren für den Austausch und die Beschaffung von Regelleistung die Anforderungen des Art. 32 EB-VO einzuhalten. Art. 32 EB-VO regelt in Abs. 2 lit. a, dass die Beschaffungsmethode hinsichtlich der Frequenzwiederherstellungsreserven (FRR⁵) marktbasiert sein muss. Darüber hinaus regelt Art. 32 Abs. 2 lit. b, dass der Beschaffungsprozess für Regelleistung kurzfristig erfolgen muss, soweit dies möglich und wirtschaftlich ist. Diese Anforderungen sind vorliegend durch die beantragte Beschaffung der Regelleistung aus aFRR über eine kalendertägliche und grenzüberschreitende Ausschreibung in Deutschland und Österreich hinreichend erfüllt.

Gemäß Art. 32 Abs. 3 EB-VO hat die Beschaffung von Regelleistung hinsichtlich der FRR getrennt für die Aufwärts- und Abwärtsregelung zu erfolgen. Für die aFRR entspricht dies bereits der geltenden Rechtslage. Daher ist eine Beantragung und Genehmigung der separaten Beschaffung der positiven und negativen Regelleistung aus aFRR nicht notwendig.

Mehrere Marktakteure haben in der Konsultation vorgetragen, dass sie das Ende der Ausschreibung für den Liefertag D zum Zeitpunkt D-1, 08:00 Uhr, als kritisch erachten, da dieses zukünftig mit dem Ende der täglichen Ausschreibung der Frequenzhaltungsreserve (FCR⁶) kollidieren würde. Denn ab dem 01.07.2020 ist im Rahmen der internationalen FCR-Kooperation ebenfalls ein Handelsschluss zum Zeitpunkt D-1, 08:00 Uhr, geplant. Die Beschlusskammer teilt die Sorge der Marktakteure und vertritt die Auffassung, dass eine Verschiebung des Handelsschlusses der FCR auf D-1, 08:00 Uhr, auch Anpassungsbedarf in Bezug auf das Ende der aFRR-Ausschreibung mit sich bringen würde. Eine Kollision der

⁵ FRR: frequency restoration reserves.

⁶ FCR: frequency containment reserves, Synonym zu „Primärregelleistung“.

Handelsschlusszeiten bei der FCR und aFRR gilt es aus Sicht der Beschlusskammer zu vermeiden, da sich bei parallel stattfindenden Ausschreibungen Regelreserveanbieter hinsichtlich der Angebotsstellung entweder für eine der beiden Ausschreibungen entscheiden oder ihre verfügbaren Kapazitäten auf beide Ausschreibungen aufteilen müssten. Zudem könnten die in einer Ausschreibung nicht bezuschlagten Angebotsmengen nicht an der jeweils anderen Ausschreibung teilnehmen. Eine Verringerung der Liquidität und des Wettbewerbs auf den Märkten für FCR und aFRR wären die Folge. Die Beschlusskammer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Antragstellerinnen im Zuge der mit Beschluss BK6-18-006 vom 13.12.2018 genehmigten Verschiebung des Handelsschlusses der FCR auf D-1, 08:00 Uhr, gehalten sind, für die aFRR rechtzeitig eine Änderung des Handelsschlusses unter Einbeziehung des Marktes zu erarbeiten und ihren Vorschlag gemäß Art. 6 Abs. 3 EB-VO zur Genehmigung vorzulegen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist indes eine Anpassung des derzeit geltenden Endes der aFRR-Ausschreibung von D-1, 08:00 Uhr, nicht erforderlich.

Des Weiteren wurde in der Konsultation seitens einiger Akteure eine Präzisierung gefordert, dass der gemeinsam ausgeschriebene aFRR-Bedarf von Deutschland und Österreich der Summe der separat von Deutschland und Österreich ermittelten Bedarfe entspricht, d. h. die Dimensionierung per Regelblock erfolgt. Ein Marktakteur fordert zudem eine Beschreibung des Verfahrens zur dynamischen bzw. situationsabhängigen Dimensionierung des aFRR-Bedarfs. Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass vorliegend harmonisierte Marktregeln für die Beschaffung von aFRR beantragt werden. Die Dimensionierung von aFRR hingegen richtet sich nach den Vorschriften der SO-VO und ist somit Gegenstand der aus dieser Verordnung resultierenden Genehmigungsverfahren. Die Forderung des Art. 32 Abs. 1 EB-VO, nach der alle ÜNB des LFR-Blocks⁷ regelmäßig und mindestens einmal jährlich den Reservekapazitätsbedarf des LFR-Blocks oder der Fahrplangebiete des LFR-Blocks nach den einschlägigen Dimensionierungsregeln⁸ der SO-VO zu überprüfen und zu spezifizieren haben, stellt eine gesetzliche Pflicht dar, die ohnehin einzuhalten ist, ohne dass es hierzu eines Ausspruchs der Beschlusskammer bedürfte.

2.3 Algorithmus für die Regelleistungsbeschaffung (Art. 1 Abs. 3, Art. 2 Abs. 5 und 7)

Art. 2 Abs. 5 und 7 des Antrags enthalten Regelungen zum Algorithmus für die optimierte Regelleistungsbeschaffung, den die regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich gemäß Art. 1 Abs. 3 entwickelt haben.

⁷ „Leistungs-Frequenz-Regelblock“ oder „LFR-Block“ bezeichnet einen Teil eines Synchrongebietes oder ein vollständiges Synchrongebiet, der/das physisch durch Messpunkte an Verbindungsleitungen mit anderen LFR-Blöcken abgegrenzt wird, eine oder mehrere LFR-Zonen umfasst und von einem oder mehreren ÜNB betrieben wird, der/die die Verpflichtung zur Leistungs-Frequenz-Regelung erfüllt/erfüllen. Vgl. Art. 3 Nr. 18 SO-VO.

⁸ Die FRR-Dimensionierungsregeln für den LFR-Block sind gemäß Art. 157 Abs. 1 SO-VO festzulegen und Gegenstand des Genehmigungsverfahrens BK6-18-185.

Gemäß Art. 58 Abs. 3 S. 1 EB-VO entwickeln zwei oder mehr ÜNB, die Regelleistung austauschen, im Rahmen des Vorschlags nach Art. 33 EB-VO die von den Funktionen für die optimierte Regeleistungsbeschaffung zu nutzenden Algorithmen für die Beschaffung von Regelleistungsangeboten. Dem sind die Antragstellerinnen vorliegend durch die Entwicklung des Algorithmus zur optimierten Regelleleistungsbeschaffung nachgekommen.

Das in Deutschland bereits geltende Zuschlagsverfahren ist in nicht zu beanstandender Weise ergänzt worden, um die gemeinsame, grenzüberschreitende Beschaffung von Regelleistung aus aFRR zu ermöglichen. Gemäß Art. 58 Abs. 3 lit. b EB-VO müssen die Algorithmen gegebenenfalls der Verfügbarkeit grenzüberschreitender Übertragungskapazität sowie möglichen Kosten für deren Beschaffung Rechnung tragen. Dies ist der Fall, da gemäß Art. 2 Abs. 7 lit. e des Antrags bei der Zuschlagserteilung die für den aFRR-Austausch zwischen Deutschland und Österreich zugewiesenen Übertragungskapazitäten berücksichtigt werden (vgl. dazu 2.5). Darüber hinaus müssen die entwickelten Algorithmen gemäß Art. 58 Abs. 4 EB-VO den betrieblichen Sicherheitsbeschränkungen Rechnung tragen sowie technische und netzbezogene Beschränkungen berücksichtigen. Diese Anforderungen an den Algorithmus werden erfüllt, indem die Zuschlagserteilung gemäß Art. 2 Abs. 5 des Antrags unter Berücksichtigung der Vorgaben des Art. 167 i. V. m. Anhang VII SO-VO erfolgt.

In der Konsultation wurde seitens zweier Marktakteure eine Klarstellung dahingehend gefordert, dass die Anpassung des zu Beginn einer Ausschreibung zu veröffentlichenden Gewichtungsfaktors nicht willkürlich oft, sondern nach ex-ante festzulegenden, sachgerechten und transparenten Kriterien erfolgt. Diese Forderung ist erfüllt, da Art. 2 Abs. 7 lit. a des Antrags entsprechend der in Deutschland bestehenden Rechtslage vorsieht, dass der Gewichtungsfaktor quartalsweise anhand des Verhältnisses der abgerufenen zur höchstens abrufbaren aFRR-Arbeit auf Basis der gemeinsamen Abruf-Merit-Order-Liste für Deutschland und Österreich der jeweils zurückliegenden zwölf Kalendermonate jeweils für positive und negative aFRR bestimmt wird.

Weiterhin sollte der Gewichtungsfaktor nach Auffassung der beiden Marktakteure sicherstellen, dass der Bilanzkreisausgleich über den Intraday-Markt immer attraktiver ist als ein Bezug von Ausgleichsenergie. Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass unabhängig von der Höhe des Gewichtungsfaktors und seines Einflusses auf die Höhe der Regularisierungskosten durch die nach geltender Rechtslage vorliegende Kopplung des Ausgleichsenergiepreises und des Börsenpreises Anreize zur ausgeglichenen Bewirtschaftung der Bilanzkreise gesetzt werden. Da in Anspruch genommene Ausgleichsenergie nicht günstiger sein kann als an der Börse beschaffte Energie, ist es für Bilanzkreisverantwortliche vorteilhaft, ihre Bilanzkreise über Fahrplangeschäfte an der Börse ausgeglichen zu halten.

Des Weiteren wurde in der Konsultation seitens eines Marktakteurs angeregt, die ex-post Transparenz durch eine anonymisierte Veröffentlichung des Zuschlagswertes für alle Gebote weiter zu verbessern. Denn mit der Nutzung des Gewichtungsfaktors bei der Zuschlagserteilung sei nicht mehr klar ersichtlich, welche Gebote in welcher Kombination aus Leistungspreis und Arbeitspreis bezuschlagt werden können. Die Beschlusskammer kann keinen Mehrwert in einer solchen Veröffentlichung erkennen. Da die Zuschlagswerte anhand der öffentlich zugänglichen Informationen (Gewichtungsfaktor, Leistungs- und Arbeitspreise sowie Grenzleistungs- und Grenzarbeitspreise) ex-post berechnet werden können und eine solche Berechnung durchaus zumutbar erscheint, ist eine Nachvollziehbarkeit der Bezuschlagung auch ohne eine anonymisierte Veröffentlichung des Zuschlagswertes gegeben.

Der beantragte Algorithmus für die optimierte Regelleistungsbeschaffung ist im Ergebnis nicht zu beanstanden.

2.4 Produktgestaltung (Art. 2 Abs. 6)

Die Mindestangebotsgröße für die Teilnahme an der Ausschreibung von Regelleistung aus aFRR in Deutschland und Österreich wird gemäß Art. 2 Abs. 6, konkretisiert durch die Präzisierung des Antrags vom 23.10.2018, bis auf Weiteres nicht harmonisiert und richtet sich nach den nationalen Regelungen. Damit bleibt es in Deutschland weiterhin bei einer grundsätzlichen Mindestangebotsgröße von 5 MW. Abweichend von der grundsätzlichen Mindestangebotsgröße ist eine Angebotsgröße von 1 MW, 2 MW, 3 MW oder 4 MW unter der Maßgabe zulässig, dass ein Anbieter von aFRR nur ein einziges Angebot je Produktzeitscheibe der positiven bzw. negativen aFRR in der jeweiligen Regelzone abgibt.

2.5 Zuweisung von Übertragungskapazität (Art. 2 Abs. 9)

Art. 2 Abs. 9 regelt die Zuweisung von Übertragungskapazität, die den grenzüberschreitenden Austausch von aFRR zwischen Deutschland und Österreich ermöglicht.

Gemäß Art. 33 Abs. 4 EB-VO haben alle ÜNB, die Regelleistung austauschen, sowohl für die Verfügbarkeit der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität als auch für die Einhaltung der Anforderungen hinsichtlich der Betriebssicherheit gemäß der SO-VO zu sorgen. Dazu nutzen die ÜNB entweder gemäß Art. 33 Abs. 4 lit. a die Methode zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit, dass nach dem Zeitpunkt der Schließung des zonenübergreifenden Intraday-Markts grenzüberschreitende Übertragungskapazität verfügbar ist, oder gemäß Art. 33 Abs. 4 lit. b die Methoden zur Zuweisung grenzüberschreitender Übertragungskapazität zum relevanten Zeitbereich gemäß Titel IV Kapitel 2 (Art. 38 - Art. 43 EB-VO).

Die regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich haben sich dazu entschieden, von der in Titel IV Kapitel 2 enthaltenen Regelung des Art. 38 Abs. 1 S. 2 EB-VO Gebrauch zu machen. Danach kann grenzüberschreitende Übertragungskapazität, die vor dem Inkrafttreten der EB-VO für den Austausch von Regelleistung oder die Reserventeilung zugewiesen wurde, bis zum Ende der Vertragslaufzeit zu diesem Zweck verwendet werden. Eine Zuweisung von Übertragungskapazität erfolgte im Rahmen eines Vertrages, den die regelzonenverantwortlichen ÜNB am 15.12.2017 – und somit rechtzeitig vor Inkrafttreten der EB-VO am 18.12.2017 – geschlossen haben. Der Vertrag, der den zuständigen Regulierungsbehörden zur Kenntnisnahme übermittelt wurde, sieht unter anderem eine Zuweisung von 280 MW an langfristiger grenzüberschreitender Übertragungskapazität an der Gebotszonengrenze Deutschland-Österreich für den Austausch von Regelleistung aus aFRR vor. Zugewiesene, jedoch nicht für den aFRR-Austausch benötigte Übertragungskapazität soll zudem an den Day-Ahead-Markt gegeben werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Zuweisung von Übertragungskapazitäten in Höhe von bis zu 280 MW nicht zu beanstanden.

Seitens der Markttakteure, die sich an der Konsultation der Bundesnetzagentur beteiligt haben, wurde die Zuweisung bzw. Reservierung von Übertragungskapazität zum Zweck des Austauschs von aFRR abgelehnt. Es wurde vorgetragen, die für den aFRR-Austausch zugewiesenen Kapazitäten stünden dem grenzüberschreitenden Handel nicht mehr zur Verfügung und würden zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten und kaum Nutzen führen. Dies ist aus Sicht der Beschlusskammer unzutreffend. Zunächst wird übersehen, dass die Kapazität dem grenzüberschreitenden Handel nicht entzogen wird, denn auch die grenzüberschreitende Beschaffung von Regelleistung stellt aus Sicht der Beschlusskammer eine Form des grenzüberschreitenden Handels dar. Ebenfalls nicht gefolgt werden kann der Ansicht, die Reservierung der Kapazität für den aFRR-Austausch bringe keinen volkswirtschaftlichen Nutzen. Hierbei wird übersehen, dass eine Zuweisung von Übertragungskapazität eine zwingende Voraussetzung für die grenzüberschreitende Beschaffung von Regelleistung und den kontinuierlichen grenzüberschreitenden Abruf von Regularbeit darstellt und somit überhaupt erst einen wirksamen grenzüberschreitenden Wettbewerb im Regelreservemarkt ermöglicht. Vorliegend ist durch den geplanten grenzüberschreitenden Austausch von aFRR zwischen Deutschland und Österreich mit einer Zunahme des Wettbewerbs unter den Regelreserveanbietern aus Deutschland und Österreich zu rechnen, die einen Rückgang der Beschaffungskosten für aFRR erwarten lässt. Im Übrigen sieht der europäische Verordnungsgeber die Zuweisung grenzüberschreitender Übertragungskapazität für den Austausch von Regelleistung oder die Reserventeilung ausdrücklich vor, da er sich durch den Austausch von Regelleistung insgesamt einen Zuwachs an gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt verspricht.

Einige Marktakteure merken an, dass im Rahmen der Zuweisung von Übertragungskapazität für den Austausch von aFRR sichergestellt werden müsse, dass die Zuweisung in beide Richtungen gleich erfolgt, um die Reziprozität zu wahren. Außerdem müsse die Übertragungskapazität marktlisch bepreist werden. Für die Beschlusskammer ist aus dem Antrag nicht ersichtlich, dass eine Zuweisung von Übertragungskapazität nur in eine Richtung erfolgen soll. Daher geht die Beschlusskammer selbstverständlich davon aus, dass die Zuweisung der Übertragungskapazität in beide Richtungen erfolgen wird. Die zwingende Notwendigkeit einer marktlichen Bepreisung der Übertragungskapazität kann die Beschlusskammer hingegen aus den Vorgaben der EB-VO nicht erkennen, die Bepreisung könnte durchaus auch mit Null erfolgen. Nach Kenntnis der Beschlusskammer planen die regelzonenverantwortlichen ÜNB aus Deutschland und Österreich jedoch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, die aber nicht Gegenstand des vorliegenden Antrags ist.

Im Ergebnis hält die Beschlusskammer die von den Antragstellerinnen beantragte Zuweisung grenzüberschreitender Übertragungskapazität im Grundsatz für sachgerecht und für nicht zu beanstanden.

2.6 Umsetzungszeitplan (Art. 3)

Der Antrag zur aFRR-Kooperation enthält in Art. 3 einen den Vorgaben des Art. 5 Abs. 5 EB-VO entsprechenden Umsetzungszeitplan. Dieser sieht eine Umsetzung der beantragten Regelungen spätestens zwei Monate nach der Genehmigung des Vorschlags für gemeinsame harmonisierte Bestimmungen und Verfahren für die Beschaffung und den Austausch von aFRR vor.

Der beantragte Umsetzungszeitplan ist aus Sicht der Beschlusskammer nicht zu beanstanden. Die Beschlusskammer hat auch keine Stellungnahmen von Marktakteuren erhalten, die dem Umsetzungszeitplan entgegenstehen.

3. Aufschiebende Bedingung und Widerrufsvorbehalt in Tenorziffern 2 und 3

Auch wenn gegen die geplante gemeinsame, grenzüberschreitende Beschaffung von Regelleistung aus aFRR wie gezeigt keine durchgreifenden Bedenken bestehen, darf bei der Gesamtbeurteilung allerdings nicht übersehen werden, dass für die Gewährleistung der tatsächlichen Verfügbarkeit der zugewiesenen und benötigten Übertragungskapazität höchstwahrscheinlich Kosten anfallen werden. Denn es ist davon auszugehen, dass zu bestimmten Zeiten des täglichen Betriebs die Kapazität nur unter Zuhilfenahme von Redispatch-Maßnahmen zur Verfügung steht. Diesbezüglich ist festzustellen, dass der Bundesnetzagentur bis zum Entscheidungszeitpunkt noch keine fundierte Abschätzung der jährlichen Kosten und

auch noch keine zwischen den an der aFRR-Kooperation beteiligten ÜNB verbindlich vereinbarte Regelung über die Kostenteilung vorliegen. Insoweit kann die Bundesnetzagentur nicht abschätzen, welche finanzielle Belastung aus der aFRR-Kooperation auf den Netznutzer zukommt. Ohne eine solche Abschätzungsmöglichkeit kann es die Beschlusskammer nicht vertreten, der aFRR-Kooperation eine Freigabe zu erteilen. Sie stellt daher den Beginn der Kooperation unter die aufschiebende Bedingung, dass der Bundesnetzagentur zuvor die in Tenorziffer 2 genannten Unterlagen vorgelegt werden.

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 3 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt und Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden können. Insbesondere wäre hier denkbar, dass

- die Erkenntnisse, die aus den mit Tenorziffer 2 angeforderten Unterlagen gewonnen werden, eine Neubewertung erforderlich machen,
- das in Deutschland geltende Zuschlagsverfahren durch gerichtliche Entscheidung für rechtswidrig erklärt wird,
- eine Änderungsgenehmigung gemäß Art. 6 Abs. 3 EB-VO durch die zuständigen Regulierungsbehörden die beantragten harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR ablöst,
- eine Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 4 lit. c EB-VO der nationalen Modalitäten für Regelreserveanbieter gemäß Art. 18 EB-VO durch die Regulierungsbehörde des betroffenen Mitgliedstaats zu nicht mehr harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR führt,
- eine Änderungsgenehmigung gemäß Art. 6 Abs. 3 EB-VO bezüglich der nationalen Modalitäten für Regelreserveanbieter gemäß Art. 18 EB-VO durch die Regulierungsbehörde des betroffenen Mitgliedstaats in nicht mehr harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR resultiert.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf Grundlage der von den Antragstellerinnen vorzulegenden Kostenabschätzung und Kostenteilungsvereinbarung die aFRR-Kooperation einer Neubewertung unterzogen werden muss.

Das in Deutschland geltende Zuschlagsverfahren, das Bestandteil des Vorschlags zur aFRR-Kooperation ist, wird gegenwärtig beklagt. Zwar wurde die Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch das OLG Düsseldorf abgelehnt, eine Entscheidung in der Hauptsache – ggf. auch des Bundesgerichtshofs – steht aber noch aus. Insofern bedarf es der Möglichkeit des Widerrufs für den Fall der Rechtswidrigkeit des Zuschlagssystems.

Über ein Änderungsverfahren gemäß Art. 6 Abs. 3 EB-VO, welches sowohl durch die zuständigen ÜNB als auch durch die zuständigen Regulierungsbehörden angestoßen werden kann, könnten weitreichende Änderungen des Vorschlags zur aFRR-Kooperation gemäß Art. 33 Abs. 1 EB-VO beschlossen werden und die beantragten harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR ablösen. Hintergrund für ein solches Änderungsverfahren könnte zum Beispiel der Beitritt einer neuen Partei zur aFRR-Kooperation sein.

Zusätzlich ist denkbar, dass eine Genehmigung der nationalen Modalitäten für Regelreserveanbieter gemäß Art. 18 EB-VO, die nach Art. 5 Abs. 4 lit. c EB-VO durch die Regulierungsbehörde des betroffenen Mitgliedstaats erfolgt, zu nicht mehr harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR führt. So könnte zum Beispiel die Zuschlagserteilung auf Basis des Zuschlagswertes, die Bestandteil des Vorschlags zur aFRR-Kooperation ist, aufgrund der nationalen Entscheidung zur Einführung eines Regelarbeitsmarkts abgelöst werden.

Schließlich könnte auch ein Änderungsverfahren gemäß Art. 6 Abs. 3 EB-VO, das durch den/die zuständigen ÜNB als auch durch die zuständige Regulierungsbehörde initiiert werden kann, die nationalen Modalitäten für Regelreserveanbieter gemäß Art. 18 EB-VO dahingehend verändern, dass keine harmonisierten Regelungen zu den Ausschreibungsbedingungen für aFRR mehr vorliegen.

4. Kosten

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Andreas Fixel
Beisitzer

Dr. Jochen Patt
Beisitzer